Familien in Karlsruhe entlasten

Antragstellende Gliederung: Kreisvorstand
Antragsempfänger: SPD Fraktion im Gemeinderat Karlsruhe, KDK SPD Karlsruhe

Bei DAS FEST 2026 haben wir als Jusos Karlsruhe-Stadt mit Menschen darüber gesprochen, was sie sich für Karlsruhe wünschen und wo sie Probleme im Alltag sehen. Die Rückmeldungen waren sehr unterschiedlich, vom Verkehr über Wohnen bis hin zu Schulen, Freizeitangeboten und Kinderbetreuung.

Ein Teil der Antworten betrifft sehr konkret das Leben von Kindern, Jugendlichen und Familien. Genannt wurden unter anderem niedrigere Kita-Gebühren, der Erhalt der Ergänzenden Betreuung, kühlere Schulen und Kitas, besser gepflegte Spielplätze, mehr Raum für Jugendliche, niedrigschwellige Begegnungsorte und bezahlbarer Wohnraum.

Wir wollen diese Rückmeldungen nicht zu einem familienpolitischen Wunschzettel aufblasen. Einige Probleme kann Karlsruhe direkt angehen, andere nur teilweise und manche überhaupt nicht. Deshalb schlagen wir Maßnahmen vor, bei denen aus unserer Sicht aus den Rückmeldungen konkrete kommunalpolitische Schritte entwickelt werden können.

Unsere Forderungen für Karlsruhe

1. Kita-Gebühren stärker nach der tatsächlichen finanziellen Leistungsfähigkeit ausrichten

Wenn Menschen bei einer offenen Beteiligungsaktion gleich mehrfach niedrigere Kita-Gebühren ansprechen, sollten wir das ernst nehmen. Dabei halten wir eine pauschale Beitragsfreiheit unter den aktuellen kommunalen Haushaltsbedingungen nicht für den einzigen denkbaren Weg.

Die Stadt verfügt bereits über eine einkommensabhängige Beitragsentlastung. Gleichzeitig arbeitet Karlsruhe im Zusammenhang mit der zukünftigen Geschwisterregelung ohnehin an einem Konzept zur einkommensabhängigen Ausgestaltung.

Wir schlagen deshalb vor, dass die SPD-Gemeinderatsfraktion von der Verwaltung eine transparente Darstellung verschiedener Modelle einer **stärker einkommensabhängigen Kita-Gebührenstruktur** anfordert. Dabei sollen insbesondere Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen sowie Mehrkindfamilien betrachtet werden. Neben den finanziellen Auswirkungen soll auch

geprüft werden, wie die bestehenden Zuschüsse einfacher beantragt und stärker bekannt gemacht werden können.

Bevor weitere Entlastungen entfallen oder neue Beitragserhöhungen beschlossen werden, sollte nachvollziehbar sein, welche Belastung für unterschiedliche Familienhaushalte tatsächlich entsteht.

2. Verlässliche Betreuung darf nicht von wechselnden Sparrunden abhängen

Mit dem neuen Ganztagsanspruch entstehen derzeit ohnehin neue Strukturen. Karlsruhe sollte diese Umstellung nutzen, um genauer zu wissen, **wann Familien Betreuung tatsächlich benötigen**. Für das Schuljahr 2026/27 ist im neuen System für Erstklässler:innen eine Betreuung von 7:30 bis 16:30 Uhr vorgesehen.

Wir schlagen vor, nach dem ersten Halbjahr systematisch auszuwerten, an welchen Schulen es Nachfrage nach Betreuung vor 7:30 Uhr oder nach 16:30 Uhr gibt, wo Wartelisten entstehen und wie stark Ferienangebote nachgefragt werden. Daraus können gezielte Anpassungen entstehen, statt überall dieselben Betreuungszeiten auszuweiten oder zu kürzen.

Für die Ferien sollte außerdem geprüft werden, wie vorhandene Angebote von Jugendverbänden, Vereinen und freien Trägern stärker eingebunden werden können. Der bundesrechtliche Rahmen lässt seit August 2026 ausdrücklich zu, entsprechende Angebote der Jugendarbeit zur Erfüllung des Ganztagsanspruchs einzubeziehen.

3. Spielplätze: weniger über Stückzahlen, mehr über tatsächliche Qualität reden

Die Stadt führt bereits regelmäßige visuelle, operative und jährliche Kontrollen ihrer Spielplätze durch. Gleichzeitig hat der Gemeinderat beschlossen, die Zahl der Spielplätze in den kommenden Jahren zu reduzieren.

Gerade deshalb wollen wir nachvollziehbare Qualitätsstandards für die verbleibenden Anlagen. Die Verwaltung sollte darstellen, wie lange unterschiedliche Arten gemeldeter Schäden durchschnittlich bis zur Reparatur benötigen und ob sich für einfache Mängel interne Zielzeiten definieren lassen. Eine Meldung sollte für Bürger:innen nachvollziehbar bleiben: eingegangen, geprüft, Reparatur vorgesehen oder Ersatz erforderlich.

Bei weiteren Rückbauentscheidungen sollte transparent dargestellt werden, welches erreichbare Ersatzangebot für Kinder unterschiedlicher Altersgruppen im Umfeld vorhanden ist und wie dessen Zustand bewertet wird. Intakte Geräte sollten, wie von der Stadt bereits vorgesehen, nach Möglichkeit weiterverwendet werden.

4. Mehr Raum für Kinder und Jugendliche, ohne überall neu bauen zu müssen

Wir wollen zunächst wissen, **wo die Lücken tatsächlich liegen**. Gemeinsam mit Kinderbüro, Stadtjugendausschuss und den Einrichtungen in den Stadtteilen sollte eine einfache Übersicht entstehen, in welchen Quartieren frei zugängliche Aufenthalts-, Spiel- und Bewegungsräume für unterschiedliche Altersgruppen fehlen.

Nicht jede Antwort muss ein Neubau sein. Denkbar sind beispielsweise längere Nutzungszeiten bestehender Sportflächen, temporäre Bewegungsangebote, die Öffnung geeigneter Flächen außerhalb ihrer Hauptnutzungszeiten oder zusätzliche mobile Angebote. Bei Beleuchtung von Sportflächen müssen Anwohnerschutz und ökologische Belange berücksichtigt werden.

Mit „Karlsruhe spielt!“, Kinder- und Familienzentren und der vorhandenen Kinder- und Jugendarbeit gibt es bereits Strukturen, an die angeknüpft werden kann. Rund 40 Straßenabschnitte wurden beispielsweise im September 2026 im Rahmen von „Karlsruhe spielt!“ temporär zu Spiel- und Begegnungsflächen.

Kostenfreie Angebote sollen dabei keine Ausnahme für Familien sein, die sich andere Angebote nicht leisten können. Der bestehende Kinderpass ist dafür ein wichtiges Instrument und sollte bei neuen Angeboten von Beginn an mitgedacht und offensiver kommuniziert werden.

5. Hitzeschutz für Kitas und Schulen nach Dringlichkeit umsetzen

Karlsruhe verfügt bereits über einen Hitzeaktionsplan. Für Kitas liegen Bewertungen städtischer Gebäude bereits vor, Schulen und Horte sollen ebenfalls untersucht werden. Die Stadt nennt dabei insbesondere baulichen Sonnenschutz und organisatorische Maßnahmen; aktive Kühlung soll dort in Betracht kommen, wo andere Maßnahmen nicht ausreichen.

Wir schlagen deshalb keinen neuen Parallelprozess vor. Die Ergebnisse der laufenden Untersuchungen sollten öffentlich und priorisiert dargestellt werden: Welche Kita oder Schule hat welchen Handlungsbedarf? Welche Maßnahme ist erforderlich? Was kann kurzfristig erfolgen und wo ist eine größere Sanierung notwendig?

Außerdem sollten bei Spielplätzen, Schulwegen und stark genutzten Aufenthaltsorten Schatten und frei zugängliches Trinkwasser stärker berücksichtigt werden.

6. Bezahlbaren familiengeeigneten Wohnraum stärker innerhalb der bestehenden Instrumente berücksichtigen

Karlsruhe verfügt bereits über ein eigenes Wohnraumförderungsprogramm. Darüber hinaus wird die Mobilisierung bislang nicht nutzbarer Räume bezuschusst. Die VOLKSWOHNUNG ist als kommunales Unternehmen ebenfalls ein zentraler Akteur.

Wir schlagen vor, im Rahmen dieser vorhandenen Instrumente regelmäßig auszuweisen, wie viel **familiengeeigneter und preisgebundener Wohnraum** geschaffen beziehungsweise mobilisiert wird. Bei kommunalen Grundstücken, Förderprogrammen und Vorhaben der VOLKSWOHNUNG sollte geprüft werden, ob der konkrete Bedarf an Wohnungen für Familien unterschiedlicher Größe ausreichend abgebildet ist.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, jedes Förderprogramm neu zu erfinden. Gerade die Aktivierung von bestehendem Wohnraum kann eine Ergänzung zum notwendigen Neubau sein.

7. Schul-, Kita- und Freizeitwege aus Sicht von Kindern und Familien betrachten

Karlsruhe verfügt bereits für alle Grundschulen über Schulwegpläne. Wir schlagen vor, diese Informationen stärker mit den laufenden Planungen für Fuß- und Radverkehr zu verknüpfen. Wenn Straßen oder Wege ohnehin saniert werden, sollten Verbindungen zu Schulen, Kitas, Jugendhäusern und Sportflächen bei der Priorisierung berücksichtigt werden.

Konkrete Hinweise auf fehlende Busverbindungen sollten gemeinsam mit VBK beziehungsweise KVV geprüft werden. Perspektivisch braucht es einen kostenfreien ÖPNV, der von Land und Bund ausreichend finanziert wird, damit die Kommunen nicht wie bisher die Kosten für die Daseinsvorsorge finanzieren müssen und am Ende auf den Defiziten sitzen bleiben. Dafür soll sich die Stadt weiterhin bemühen.

Begründung

Familienpolitik entscheidet sich vor Ort selten an einem einzigen großen Programm. Sie entscheidet sich morgens an der Frage, ob die Betreuung funktioniert, auf dem Weg zur Schule, beim Blick auf die Kita-Rechnung, bei der Wohnungssuche und am Nachmittag daran, ob ein Kind oder ein:e Jugendliche:r einen Ort hat, an dem man sich ohne Eintrittspreis aufhalten kann.

Genau diese Perspektive findet sich in den Rückmeldungen von DAS FEST wieder. Die Menschen haben nicht nach einem neuen familienpolitischen Leitbild gefragt. Sie haben ziemlich konkrete Dinge aufgeschrieben: niedrigere Kita-Beiträge, Betreuung, die bleibt, reparierte Spielplätze, Räume für Jugendliche, kühle Schulen und bezahlbaren Wohnraum.

Für uns gehört das zusammen. Familienpolitik ist auch Bildungs-, Sozial-, Wohnungs-, Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik.

Dabei treffen finanzielle und organisatorische Hürden Familien unterschiedlich. Wer ausreichend Einkommen hat, kann eine ausgefallene Betreuung vielleicht teilweise auffangen, zusätzliche Freizeitangebote bezahlen oder bei der Wohnungssuche einen größeren finanziellen Spielraum nutzen. Andere Familien können das nicht. Gute kommunale Infrastruktur ist deshalb auch eine Frage gesellschaftlicher Teilhabe.

Gleichzeitig wollen wir nicht so tun, als könne Karlsruhe jede Belastung durch kommunale Mittel ausgleichen. Die Stadt befindet sich in einer schwierigen Haushaltslage. Gerade deshalb müssen vorhandene Angebote besser zusammenspielen und größere Ausgaben dort ansetzen, wo sie einen tatsächlichen Bedarf treffen. Ein funktionierendes Zuschusssystem kann sinnvoller sein als eine pauschale Subvention. Die Nutzung eines vorhandenen Raums kann günstiger sein als ein Neubau. Ein Sonnenschutz kann für ein Gebäude die bessere Lösung sein als eine Klimaanlage.

Familienfreundlichkeit ist außerdem nicht erst für Menschen relevant, die bereits Kinder haben. Wer in Karlsruhe eine Ausbildung macht, studiert, arbeitet oder hier bleiben möchte, stellt sich irgendwann möglicherweise die Frage, ob ein Leben mit Kindern in dieser Stadt organisatorisch und finanziell funktionieren kann. Eine Stadt kann diese Entscheidung nicht treffen. Sie kann aber Rahmenbedingungen schaffen, bei denen Betreuung, Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe nicht zu zusätzlichen Hürden werden.